

XIX. GP.-NR.
Nr. 117 AJ
1994-12-01

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider
 und Kollegen
 an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
 betreffend österreichisches Vermögen in Kroatien

Die sogenannten AVNOJ-Bestimmungen, die im 2. Weltkrieg vom kommunistischen Tito-Jugoslawien erlassen und später bestätigt wurden, trugen dazu bei, daß Einzelpersonen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Volks- und Sprachgruppe – die aber keinerlei Kriegsschuld tragen – später aus dem Staatsverband Jugoslawien ausscheiden mußten und somit nicht nur die Staatsbürgerschaft, sondern auch Besitz und Eigentum und oftmals sogar das Leben verloren haben. Diese Bestimmungen sind in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien immer noch in Teilen oder zur Gänze in Kraft. Dadurch werden viele Österreicher gehindert an der Entwicklung ihrer alten Heimat mitzuwirken. Ihnen sind der Erwerb ihres damals beschlagnahmten Eigentums, die Rückgabe ihres enteigneten Besitzes oder die Rückkehr verwehrt. Beispielsweise lehnt Kroatien unter Hinweis auf ein fehlendes Reprivatisierungsgesetz eine Rückgabe des unter dem kommunistischen System Titos enteigneten Besitzes an seine ursprünglichen Besitzer ab.

Allerdings haben sich diese Länder zwischenzeitlich um die Aufnahme in den Europarat beworben (Kroatien) bzw. es ist eine solche Aufnahme in den Europarat bereits erfolgt (Slowenien), sodaß diese Länder damit die Wert- und Rechtsvorstellungen des demokratischen Europas, zu denen auch die Entschädigung für Enteignungen gehört, übernehmen werden bzw. übernommen haben.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

- 1) Gibt es zwischen Österreich und den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien Verhandlungen bzw. Gespräche über die Aufhebung der noch immer zur Gänze oder zumindest in Teilen geltenden AVNOJ-Bestimmungen, die dazu beitragen, daß österreichischen Staatsbürgern die ihnen anerkannten Rechte verwehrt bleiben?
- 2) Wenn ja, mit welchen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien wurden (werden) solche Gespräche bzw. Verhandlungen geführt?
- 3) Wenn weiters ja, wie ist der derzeitige Stand dieser Gespräche bzw. Verhandlungen?
- 4) Wenn nein, aus welchen konkreten Gründen fanden bislang solche Gespräche bzw. Verhandlungen nicht statt?

5) Gibt es zwischen Österreich und Kroatien Gespräche bzw. Verhandlungen über die Rückgabe der unter dem kommunistischen System Titos enteigneten Besitztümer österreichischer Staatsbürger?

6) Wenn ja, welche Ergebnisse konnten erzielt werden?

7) Wenn nein, welche Schritte wird Österreich auf welcher Ebene und wann unternehmen, damit diese Frage zufriedenstellend für die betroffenen Österreicher gelöst werden kann?